

Es informiert Sie	Klaus Gehrman
Telefon	+49 202 563 6248
Fax	+49 202 563 8031
E-Mail	Klaus.Gehrman@stadt.wuppertal.de
Datum	19.08.21

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/0114/21) am 16.08.2021

Anwesend sind:

von der SPD

Herr Johannes van Bebber, Herr Simon Geiß, Herr Guido Grüning, Herr Ulrich Lonn, Herr Heiko Meins

von der CDU

Frau Barbara Becker, Herr Thomas Hahnel-Müller, Herr Patric Mertins (für Herrn Heinrich-Günter Bieringer), Herr Christian Schmidt

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Suzanne Kettig, Herr Sascha Schäfner, Frau Marta Ulusoy

von der FDP

Frau Patricia Knauf-Varnhorst

von DIE LINKE

Frau Claudia Radtke

von der AfD

Herr Martin Liedtke-Bentlage

von der Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig, vom Ressort Finanzen Herr Norbert Dölle, Herr Gerd-Uwe Wolf, vom Haupt- und Personalamt Herr Michael Telian, vom Rechnungsprüfungsamt Herr Wolfgang Möllers, Frau Barbara Segbers

Nicht anwesend sind:

Von der CDU Fraktion Herr Heinrich-Günter Bieringer, von der Ratsgruppe Freie Wähler/WfW Herr Ralf Geisendörfer, von der Ratsgruppe DIE PARTEI Frau Karin Schmitz, von der Verwaltung Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Herr Beigeordneter Dr. Stefan Kühn, Herr Beigeordneter Arno Minas, Herr Beigeordneter Frank Meyer, Herr Beigeordneter Matthias Nocke, vom Rechnungsprüfungsamt Frau Martina Schmidt, Herr Frank Noetzel, Frau Gabriele Schubert

Schriftführer:

Klaus Gehrmann

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW Vorlage: VO/1125/21

Herr Dr. Slawig verweist inhaltlich auf die vorliegende Drucksache und erläutert, dass diese im Wesentlichen aus zwei Teilen besteht. Zum einen handelt es sich um die in einem gewissen Rhythmus stattfindende überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die zu Feststellungen bzw. Beanstandungen führt und zum anderen der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung zu den Empfehlungen oder Beanstandungen. Das Verfahren sieht vor, dass der Stadtrat dann über die Stellungnahme entscheidet und diese anschließend an die GPA weitergegeben wird.

Frau Becker merkt an, dass es sich um den Prüfungszeitraum 2018 / 2019 handelt, wobei der Prüfbericht von Februar 2020 ist. Sie bittet Herrn Dr. Slawig um Erläuterung, warum der Ausschuss erst jetzt die Information über die Prüfung und die Stellungnahme der Verwaltung erhält.

Herr Dr. Slawig antwortet, dass es bei der Bearbeitung bei der GPA selbst, aber auch bei der Stadtverwaltung zeitliche Verzögerungen gegeben hat, die im Wesentlichen auf die Corona Pandemie zurückzuführen sind.

Herr van Bebber bestätigt, dass einige Empfehlungen der GPA sicherlich aus einer entsprechenden Auslastung der städtischen Abteilungen resultieren. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits vor einiger Zeit einen Antrag zur Personalentwicklung der Zukunft gestellt hat und man mehrfach auf die Problematiken hinsichtlich Pensionierung und entsprechend fehlendem Nachwuchs hingewiesen hat. Er geht davon aus, dass sich die Situation in der Zukunft weiterhin verschlechtern wird, wenn hinsichtlich der Personalentwicklung nicht etwas geschieht. Er weist, auch im Namen seiner Fraktion, vehement darauf hin, dass intensiv daran gearbeitet werden muss, um diese Situation in der Zukunft grundlegend zu verbessern.

Herr Dr. Slawig erläutert, dass man seit mindestens vier Jahren mit einem neuen strategischen Ansatz der Personalentwicklung beschäftigt ist. Im Rahmen des Haushaltssanierungskonzeptes gab es vorrangig die Aufgabe, Personal abzubauen. Nachdem der Personalabbau abgeschlossen war und keine weiteren Stellen eingespart werden mussten, hatte man große Mühe, die verbliebenen Stellen zu besetzen. Im Rahmen des Organisations- und Personalentwicklungskonzeptes wurden eine Reihe von Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der eigenen Ausbildung entwickelt, um die Stellen zu besetzen. Die Anzahl der Ausbildungsplätze wurde von etwas über hundert auf über zweihundert verdoppelt. Jedoch muss man feststellen, dass auch das nicht ausreicht. Das neue strategische Ausbildungskonzept, mit dem man die Berufsausbildung im Hause weiter intensivieren und auch inhaltlich weiter entwickeln will, sollte auch den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen sein, oder wird in den nächsten Tagen versandt. Aufgrund der hohen Altersstruktur wird die Fluktuation so hoch sein, dass selbst die Verdoppelung und weitere Intensivierung der Berufsausbildung zahlenmäßig nicht reichen wird. Man verliert in den nächsten 10 Jahren jeden zweiten Beschäftigten, entweder aus Altersgründen, oder auch aus anderen Gründen, wie beruflicher Wechsel, persönliche Gründe etc. Die Fluktuation in der Größenordnung von über zweitausend in zehn Jahren, ist weder durch Ausbildung noch über den Arbeitsmarkt zu kompensieren. Man steht zudem im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern, anderen Behörden. Herr Dr. Slawig weist ausdrücklich darauf hin, dass Engpässe im Personalbestand die Erledigung von Aufgaben verhindern oder verzögern wird. Trotz aller Anstrengungen auch über dem externen Arbeitsmarkt Einstellungen vorzunehmen, wird sich die Situation verschärfen,

weil man sich in einer demografischen Situation befindet, die durch einen hohen Altersdurchschnitt geprägt ist und gleichzeitig auf dem externen Arbeitsmarkt nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Es gibt einige wenige Möglichkeiten, das Ausmaß dieser Situation zu lindern. Dazu gehört sicherlich die Digitalisierung und / oder Automatisierung. Er stimmt Herrn van Bebber zu, dass es im Ergebnis zunächst nur um eine gewisse Linderung, aber nicht strukturelle Lösung des Problems geht, da das Ausmaß der demografischen Entwicklung viel zu groß ist.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses:

Dem Rat wird empfohlen, die Drucksache gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

2

**Verfahren zur Besetzung der Stelle der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) nach Ausscheiden der bisherigen Leiterin
Vorlage: VO/1086/21**

Als Fraktionsmitglied der CDU interessiert es **Frau Becker**, wann und in welcher Form die Politik bei der Findung einbezogen wird. Es wird als sehr wichtig erachtet, dass bereits im Vorfeld der Ausschreibung, die für September / Oktober geplant ist, die Politik einbezogen wird.

Herr Dr. Slawig antwortet, dass in der Drucksache ja bereits darauf hingewiesen wird, dass in diesem Auswahlverfahren, anders als bei anderen Führungspositionen, der Stadtrat letztendlich die Entscheidung trifft und damit auch frühzeitig in das Verfahren einbezogen werden muss. Mit der Drucksache wird vorgeschlagen, erst die Ausschreibung zu veröffentlichen und dann das Auswahlverfahren gemeinsam mit der Politik festzulegen. Genauso ist es auch umgekehrt möglich. Es werden keine Vorgaben gemacht. Es wird lediglich auf den zeitlichen Ablauf hingewiesen, um eine überlappenden Einarbeitung zu ermöglichen. Für ein solches Verfahren ist von der Ausschreibung bis zur Besetzung durchaus ein halbes Jahr einzuplanen. Mit der Drucksache hat man das Anforderungsprofil für die Ausschreibung formuliert. Die Art und Weise der Beteiligung entscheidet der Ausschuss bzw. der Rat. In welcher Form dies geschehen soll, müsste möglichst bald festgelegt werden, damit dies auch bei der Ausschreibung berücksichtigt werden kann.

Da es sich beim Rechnungsprüfungsamt um ein Amt des Rates handelt, hält es Herr **Herr Liedtke-Bentlage** entsprechend dem Vorschlag von Herrn Dr. Slawig für dringend erforderlich, darüber interfraktionell zu befinden. Er schlägt vor, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen einer Hauptausschusssitzung vorstellen, so dass sich die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden, stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Ratsgruppenmitglieder einen Überblick über die internen Bewerber*innen verschaffen könnten. Sollte es sich bei diesem Vorschlag nach Auffassung der Ausschussmitglieder um einen denkbaren Ansatz handeln, könnte die Einarbeitung des Vorschlages in die Drucksache veranlasst werden.

Für **Herrn van Bebber** kommt dieser Vorschlag etwas überraschend, wobei er sich dem grundsätzlich anschließen könnte. Er möchte den Vorschlag zunächst in der Fraktion übergreifend diskutieren und anschließend soll dazu ggfs. Stellung bezogen werden. Er bittet um Prüfung, inwieweit es auch hinsichtlich des

Zeitfaktors möglich ist, im Rahmen eines interfraktionellen Arbeitskreises über das Verfahren zu entscheiden.

Herr Dr. Slawig antwortet, dass die Ausgestaltung des Auswahlverfahrens bei der Politik liegt. Sollte man es für sinnvoll halten, dass sich Bewerber*innen öffentlich vor einem Ausschuss wie dem Hauptausschuss oder Rechnungsprüfungsausschuss vorstellen, dann ist das möglich und zulässig. Es ist sinnvoll, dies im Rahmen der Ausschreibung anzukündigen, damit die Bewerber*innen vorher wissen, wie das Verfahren ausgestaltet wird. Da der Rat erst in seiner Sitzung am 07.09.21 die Entscheidung treffen soll, schlägt Herr Dr. Slawig vor, dass man sich verabredet, die Gestaltung des Auswahlverfahrens bis zum 07.09.21 untereinander zu beraten. Dann könnte in der Ratssitzung am 07.09.21 das Verfahren festgelegt werden und man kommt nicht in einen zeitlichen Verzug.

Herr Dr. Slawig schlägt vor, die Entscheidung auf die nächste Ratssitzung zu vertagen, damit bis dahin die Ausgestaltung des Verfahrens festgelegt werden kann.

Das trifft die Zustimmung aller, so dass **Herr Liedtke-Bentlage** die Abstimmung aussetzt und den Tagesordnungspunkt auf die Ratssitzung vertagt.

3 **Verschiedenes**

Keine Wortmeldung

Martin Liedtke-Bentlage
Vorsitzender

Klaus Gehrman
Schriftführer